

Es herrschte Einvernehmen im Ausschuss darüber, dass gleichzeitig auch der TOP 7.1.1 mitbehandelt werden soll.

Zunächst teilte der Bürgermeister mit, dass er alle Fraktionen darüber unterrichtet habe, dass er als Bürgermeister die Benehmensherstellung gem. § 55 Abs.1 Kreisordnung NRW hinsichtlich des in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 des Rhein-Sieg-Kreises festzusetzenden Kreisumlage im Zusammenhang mit dem geplanten Anteilserwerb an der rhenag nicht herstellen wird.

Herr Knülle begrüßte in seinen Ausführungen ausdrücklich die vom Bürgermeister vorgetragene Haltung der Verwaltung. Weiter führte er aus, dass auch er der gleichen Auffassung sei, dieses Benehmen nicht herzustellen. Gleichzeitig verwies Herr Knülle auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Hier hob er in erster Linie hervor, dass sich der Kreistag verstärkt für die Rekommunalisierung der Energieversorgung in den Kommunen des Kreises einsetzen sollte. Ferner regte er an, dass man die Solidarität unter den gleichgesinnten Kommunen herstellen sollte. Abschließend führte Herr Knülle aus, dass die Verwaltung zumindest inter prüfen sollte, ob gegebenenfalls gegen eine mögliche Entscheidung des Kreistages für den Ankauf der Aktien rechtliche Schritte eingeleitet werden können.

Herr Schell führte u.a. aus, dass er eine rein finanzielle Beteiligung aus heutiger Sicht auf jeden Fall ablehnen werde. Deshalb begrüßte auch er die Entscheidung des Bürgermeisters. Gleichzeitig erklärte Herr Schell, dass aufgrund der derzeitigen Situation und den bis heute vorliegenden Fakten seine Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Metz unterstützte in seinen Ausführungen inhaltlich die vorgelegte Verwaltungsvorlage zu dieser Thematik. Bezüglich des Antrages der SPD-Fraktion führte Herr Metz aus, dass seine Fraktion dem so nicht zustimmen könne, zumal die Bezirksregierung aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dies sowieso prüfen müsste. Daher könne man die Bezirksregierung hierzu nicht auffordern dies zu tun. Abschließend trug Herr Metz folgenden Beschlussvorschlag vor:

„Der Haupt- und Finanzausschuss unterstützt die Stellungnahme des Bürgermeisters der Stadt Sankt Augustin zu dem vorliegenden Nachtragshaushalt des Rhein-Sieg-Kreises und dem dahinter stehenden Kaufangebot von Rhenag-Aktien.“

Hierdurch würde aus seiner Sicht eine klare politische Positionierung deutlich.

Frau Bergmann-Gries unterstrich in ihren Ausführungen, dass ein derartiges Geschäft (Aktienkauf auf „Pump“) von keinem Kreistagsmitglied unterstützt werden sollte. Sie bat daher alle anwesenden Kreistagsmitglieder diesem Kauf nicht zu zustimmen.

Frau Jung bedankte sich zunächst für die ausführliche Beantwortung der FDP-Anfrage zu dieser Thematik. Weiter führte sie aus, dass die Begründung des Kreises zu diesem geplanten Ankauf sehr dürftig sei. So könne sie sich u.a. nichts unter der Aussage „Bereitstellung von 30 Mill. € für regenerative Projekte“ vorstellen (Was für Projekte? In

welchen Umfang? etc.). Zum vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion führte sie aus, dass ihre Fraktion diesem so nicht zustimmen könne.

Abschließend schlug sie vor, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung noch um folgenden Satz ergänzt werden sollte:

„Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Sankt Augustin unterstützt ausdrücklich die Ausführungen des Bürgermeisters bzw. der Verwaltung.“

Herr Köhler führte u.a. aus, dass auch seine Fraktion die Ausführungen des Bürgermeisters unterstützt. Zumal das Vertrauen in den Verhandlungspartner rheinag bezüglich der EVG (zu Verfügung Stellung des Netzes) nicht sehr groß sei. Des Weiteren könne er sich dem Vorschlag von Frau Jung anschließen, diese Ergänzung zum Beschlussvorschlag zu nehmen.

Zum SPD-Antrag führte Herr Köhler aus, dass aus seiner Sicht dieser Antrag seitens der SPD zurückgenommen werden sollte. Da unter Berücksichtigung der hier vorgetragenen Bedenken und da noch bis Dezember Zeit sei, könne dann dieser Antrag überarbeitet und gegebenenfalls erneut gestellt werden.

Herr Knülle teilte mit, dass auch seine Fraktion dem Zusatz von Frau Jung unterstützen werde.

Dann stellte Herr Knülle den Antrag, dass über die Punkte in dem Antrag seiner Fraktion separat abgestimmt werden soll, da er die hier vorgetragenen Bedenken nicht so sehe.

Auch Herr Schell begrüßte den Vorschlag von Frau Jung, den Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechend zu ergänzen. Abschließend erklärte Herr Schell nochmals, dass seine Fraktion aus heutiger Sicht strikt gegen eine derartige Beteiligung sei und dass seine Fraktion dem SPD-Antrag nicht zustimmen werde.

Nachdem Herr Metz und Herr Knülle nochmals zum vorliegenden SPD-Antrag ihre Auffassungen dargelegt hatten, stellte der Bürgermeister den Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der folgenden Ergänzung: „... und unterstützt inhaltlich ausdrücklich diese Haltung.“ zur Abstimmung.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste daraufhin folgenden Beschluss: